

Diskurs / Entwurf

Diskussionsforum und Newsletter

Ausgabe D2	17. Dezember 2020
D2-1 Was soll das Ganze? Frage von Hajo Hoffmann D2-2 Modalitäten für „Diskurs“ (Jörn Kruse) D2-3 Schilda liegt an der Elbe (Ulrike Trebesius). Wie Deutschlands Energie-Politik Chinas Erfolg nachhaltig unterstützt D2-4 Sturm über Drosten und dessen Corona-PCR-Test (Mareile Kirsch). Klagen und Rückrufforderungen erschüttern das Vertrauen in Regierungs-Berater Professor Drosten und seinen Corona-PCR Test. D2-5 Rundfunkpolitik in Sachsen-Anhalt und die Option einer Minderheitsregierung (Jörn Kruse) D2-6 „Mit Merz als Gegner hätte die AfD sieben Prozent“ Interview mit Jörn Kruse von Leonhard Landes in WELT.de D2-7 Informationen zum Buch „Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert“ von Jörn Kruse, erschienen in Stuttgart im Oktober 2020	
Wenn Sie sich in der Diskussion auf einen bestimmten Artikel beziehen, wäre es hilfreich, wenn Sie dessen Publikationsnummer (also z.B. D2-3) angeben würden.	

D2-1

Was soll das Ganze?

Frage von Hajo Hoffmann: Ich finde Ihren Ansatz recht interessant; zudem zeigt er, dass noch Leben in der bürgerlichen Intelligenzija Hamburgs ist. Beim Lesen Ihres Vorschlags stellte sich mir die Frage, welches Ziel das Projekt verfolgt (da sich daraus ja die Mittel ableiten).

Wenn ich Herrn Kruses Ausführungen richtig verstanden habe, geht es um eine Diskurserweiterung. Nun gibt es bereits eine Vielzahl von Blogs usw., auch Initiativen, die dies – mehr oder weniger gelungen – ebenfalls bezwecken. Worin würde sich „Diskurs“ von diesen unterscheiden? Oder ist der Newsletter eher zum internen Austausch gedacht, etwa im Sinne einer Schreibtherapie, bei der die Teilnehmer einfach mal Dampf ablassen können? Auf der anderen Seite des Spektrums möglicher Ziele wäre eine Plattform denkbar, die dazu dient, politische Handlungsoptionen zu diskutieren, vielleicht auch voranzubringen (beispielhafte

Stichworte: Kampagnen, Vereins- oder Parteigründung). Ich hatte ja bei einem der Stammtische ein „Forum publizistische Vielfalt“ vorgeschlagen.

Antwort von Jörn Kruse: Auf Ihre Frage gebe ich Ihnen eine skalierbare Antwort.

Zunächst ist "Diskurs" quasi die schriftliche Form des Trebesius-Stammtisch, der wegen Corona nicht live stattfinden kann. Ich bin von mehreren darauf angesprochen worden, ob man das nicht machen sollte. In der Endphase meines Buches "Bürger an die Macht" bin ich nicht dazu gekommen und hole das jetzt nach. Ein solcher email-basierter Newsletter ist die einfachste Form, ohne dass man sich um Namensrechte, Copyrights etc kümmern muss. Der Arbeitsaufwand der Zusammenfügung von Beiträgen ist übersichtlich. Wenn das Anklang findet und genügend Beiträge eingehen, kann man das immer noch ausbauen und evtl. auch ein optisch ansprechenderes Layout erstellen oder andere Aktivitäten anschließen. Uns wäre es am liebsten, wenn wir Ihre mail im nächsten Newsletter, der diese Woche Mittwoch versandt werden soll, abdrucken könnten, um auch darüber eine Diskussion zu initiieren.

D2-2

Modalitäten für „Diskurs“ (Jörn Kruse)

„Diskurs“ soll ein Diskussionsforum sein, auf dem jeder seine „wahre Meinung“ schreiben kann. Dennoch benötigen wir in der heutigen Online-Welt aufgrund einschlägiger Erfahrungen bestimmte Modalitäten.

Es soll möglich sein (und ist auch erwünscht), dass „Diskurs“ weitergeleitet wird und „Außenstehende“ Beiträge schreiben. Die Weiterleitung kann auf diese Weise auch an Personen und Organisationen gelangen, die den Machern unbekannt und evtl. undurchsichtig sind. Das könnten möglicherweise radikale Parteien, Publikationen und/oder Webseiten sein, Personen mit kriminellen Absichten oder der Verfassungsschutz. Autoren von Artikeln mit randständigen Positionen sollten sich dieser Tatsache bewusst sein, da jeder Autor seine Inhalte selbst verantwortet. Die „Zentrale“, die die eingegangenen Beiträge sammelt und textlich aneinander fügt, wird zwar die Beiträge lesen, sollte aber so wenig wie möglich eine Zensur ausüben und kann durch Annahme auch keinen „Persilschein“ ausstellen.

Es könnten jedoch auch fremde Autoren unlautere Absichten haben, indem sie versuchen, durch Platzierung bestimmter Inhalte, die strafrechtlich relevant und/oder geeignet sind, „Diskurs“ zu desavouieren, vor Gericht zu zerren und/oder an den medialen Pranger zu stellen. Auch hierfür könnte man sich diverse radikal-politische Akteure oder geheimdienstliche Agenten vorstellen.

Da einzelne unserer Autoren evtl. in besonderer Weise aufgrund ihrer persönlichen, geschäftlichen und/oder politischen Interessenlagen von den Folgen einer übertriebenen „Political Correctness“ betroffen sein können, sollten wir es grundsätzlich möglich machen, dass Beiträge auch unter Pseudonym publiziert werden können, solange die persönlichen Daten der Zentrale bekannt und identifizierbar sind. Für die bisherigen Teilnehmer des Trebesius-Stammtisches und der Adressaten der diesbezüglichen Einladungen nehmen wir dies als gegeben an. Bei Dritten fordern wir den richtigen Namen, samt Postadresse und Telefonnummer sowie zur Verifizierung einen Scan aus Pass oder Personalausweis, sofern sie Beiträge publizieren wollen.

Wir senden „Diskurs“ an alle Adressaten auf dem Verteiler des Trebesius-Stammtisches und unterstellen die erteilte Genehmigung. Selbstverständlich kann sich jeder von der Liste

löschen lassen. Mail genügt. Jeder der „Diskurs“ nur lesen und nicht publizieren will, benötigt selbstverständlich keinen Personalausweis-Scan.

Diese Modalitäten sind ein Vorschlag für den Anfang. Für Kommentare dazu, insbesondere kritische, sind wir dankbar.

D2-3

Schilda liegt an der Elbe (Ulrike Trebesius)

Wie Deutschlands Energie-Politik Chinas Erfolg nachhaltig unterstützt

Die EU beweist in diesen Zeiten der Corona-Krise Nähe zu den Bürgern der Staatengemeinschaft und kümmert sich um die schnelle Lösung der drängendsten Probleme: anlässlich des 5. Jahrestages des Pariser Abkommens hat die EU vor ein paar Tagen beschlossen, die Klimaziele bis 2030 weiter zu verschärfen. Minus 55 % Treibhausgase gegenüber 1990 sollen die EU an die Spitze im Kampf gegen die Erderwärmung setzen. Tatsächlich gibt es jedoch kein anderes Land oder gar einen anderen Kontinent, der der EU diesen Spitzenplatz streitig machen möchte.

Schon die Definition von erneuerbaren Energieformen ist in der EU selbst uneinheitlich. Während man in Deutschland die Kernkraftwerke abschaltet, gilt Atomstrom in Frankreich und Schweden als erneuerbare Energieform und wird deshalb weiter ausgebaut. Sowohl Greta Thunberg als auch Elon Musk, immerhin Ikonen insbesondere der deutschen Klimajünger, haben zur Nutzung der Kernenergie geraten, um die höheren Strombedarfe abzudecken, die durch immer mehr Elektro-Fahrzeuge auf den Straßen notwendig werden. Die Bundesregierung selbst sorgt mit Subventionen für die Förderung von Elektro-Mobilität, wovon auch der amerikanische Milliardär Musk profitiert. Immerhin 500.000 Tesla pro Jahr soll die Giga-Factory in Brandenburg ab Sommer 2021 produzieren. Woher der Strom dafür kommen wird? Sowohl die „Wirtschaftswoche“ als auch der „Focus“ spekulieren bereits über eine Strom-Rationierung für eAutos.

Die gleiche Bundesregierung, die also Elektromobilität fördert, hält auf der anderen Seite hartnäckig am weltweit einzigartigen Atomstrom-Ausstieg fest. So wurden im Mai 2020 in Philippsburg die Kühltürme eines der weltweit zuverlässigsten und sichersten Kernkraftwerke gesprengt, das Baden-Württemberg CO₂-frei mit Strom versorgte. Damit wurden ca. 3 Milliarden Euro Restwert des AKW ebenso vernichtet wie die Stromsicherheit des Industriestandortes im Großraum Stuttgart.

Nun möchte man in Hamburg den Süddeutschen in Sachen Schildbürgerei nicht nachstehen und schaltet demnächst das Kraftwerk in Moorburg ab. Ebenso wie im Ländle ist auch im Norden nicht geklärt, wie die entstehende Lücke in der Stromversorgung geschlossen werden soll. Windkraft und Solarenergie sind nicht grundlastfähig. Im Moment decken Sie in Deutschland nach Angaben des statistischen Bundesamtes die Hälfte des Energiebedarfes ab. Fehlen also noch 50 %, um die andere Hälfte abzudecken. Mit welchem Strom die Elektro-Autos dann zukünftig versorgt werden sollen, bleibt im Moment also unbeantwortet.

Es sei denn, man verringert den Stromverbrauch, indem man die Industrie aus Deutschland vertreibt. Neben der Versorgungsunsicherheit und den weltweit höchsten Energiepreisen sorgt nämlich die Überreglementierung bei den Abgaswerten bei den großen deutschen Autoherstellern zunehmend für Verdruss. Hinzu kommt die allgemeine Industrie- und Technologiefindlichkeit vieler Deutscher. Die ersten Hersteller von Dieselmotoren haben

mittlerweile die Konsequenzen gezogen: BMW und Daimler verlagern die Herstellung ihrer Verbrennungsmotoren zukünftig nach China. Möglicherweise folgt auch die Herstellung von Elektro-Autos in den nächsten Jahren dorthin. Immerhin werden in China gerade 26 neue Kernkraftwerke gebaut. Ebenso in Russland, Indien, Ägypten sowie erstmals auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die USA betreiben 55 AKW und werden 13 neue bauen.

Man könnte also sagen, die Europäer und hier insbesondere die Deutschen vernichten nachhaltig sowohl ihre Infrastruktur, ihre Versorgungssicherheit und ihre Industrie. Dabei sollten wir besser in Forschung investieren, wie insbesondere skandinavische Länder dies tun, um sowohl die Sicherheit der Kernkraftwerke zu erhöhen als auch die Probleme der Endlagerung der Brennstäbe zu lösen. China forscht ebenso an neuartigen Kernreaktoren wie Russland, Israel oder die USA. Ebenso wie Indien oder Ägypten.

Die Welt wird sich weiterdrehen, wenn die EU im Jahre 2030 ihre Klimaziele erreicht haben sollte. Nur Europa wird dann für die Weltwirtschaft eben eine geringere Rolle spielen. Unsere wirtschafts- und innovationsfeindliche Politik wird weitere Unternehmen in Richtung Asien vertreiben.

Damit sorgen nicht zuletzt die Europäer selbst dafür, dass im 21. Jahrhundert das Goldene Zeitalter für China anbrechen wird.

D2-4

Sturm über Drosten und dessen Corona-PCR-Test (Mareile Kirsch)

Klagen und Rückrufforderungen erschüttern das Vertrauen in Regierungs-Berater Professor Drosten und seinen Corona-PCR Test.

Dreiundzwanzig renommierte, internationale Wissenschaftler haben massive Fehler und Mängel einer Studie zur Entwicklung des Corona-PCR-Tests festgestellt, die Corona-Regierungsberater Professor Christian Drosten mit Professor Victor Corman und anderen im Januar 2020 in einer Fachzeitschrift publiziert hat. Der Drosten-PCR-Test wurde im Zuge dieser Publikation von der WHO als weltweites Corona-Testverfahren schnell anerkannt und damit zum Kern aller weltweiten Corona-Maßnahmen, Lockdowns, auch der aktuellen Lockdown-Verschärfung durch Angela Merkel. Denn alle in Deutschland und fast alle weltweit gemeldeten „Corona-Neuinfektionen“ sind Positiv-Ergebnis des PCR-Tests nach dem Drosten-Corona-PCR-Testverfahren. Der Drosten-Test wurde damit zur Grundlage für Schließungen von Schulen, Quarantäne- und Maskenpflicht-Verordnungen, Existenzverlusten u.v.m..

Die Studie hatte Professor Drosten bereits am 23. Januar 2020 mit Kollegen des virologischen Instituts der Berliner Charité und anderen in der Fachzeitschrift Eurosurveillance des „Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten“ veröffentlicht. Titel der Studie: Nachweis des neuartigen Coronavirus 2019 (2019-nCoV) mittels real-time RT-PCR". (1.)

„Ich gehe davon aus, dass die breite Verfügbarkeit des Diagnostiktests nun in kurzer Zeit helfen wird, Verdachtsfälle zweifelsfrei aufzuklären und zu bestimmen, ob eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung des neuen Virus möglich ist. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des neuen Virus getan.“

So zitierte am 16.1.2020 das Deutsche Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) der Charité in einer Ankündigung der Veröffentlichung der Studie Professor Drosten. (2.)

Doch nach sorgfältiger Überprüfung der Drosten-Corman-Publikation hat eine internationale Gruppe von 23 angesehenen Virologen, Mikrobiologen und anderen Wissenschaftlern jetzt darin 10 gravierende wissenschaftliche Fehler und Mängel festgestellt. (3.)

Wie die Forscher erklären, haben sie „In Anbetracht der Konsequenzen, die sich aus dieser Publikation für Gesellschaften weltweit ergeben“ eine detaillierte „Punkt-für-Punkt-Überprüfung“ der Drosten-Corman-Publikation durchgeführt und sind zu dem Ergebnis gelangt:

„Das veröffentlichte RT-qPCR-Protokoll zum Nachweis und zur Diagnostik von 2019-nCoV und das Manuskript weisen zahlreiche technische und wissenschaftliche Fehler auf, darunter ein unzureichendes Primardesign, ein problematisches und unzureichendes RT-qPCR-Protokoll und das Fehlen einer genauen Testvalidierung. Weder der vorgestellte Test noch das Manuskript selbst erfüllen die Anforderungen an eine akzeptable wissenschaftliche Publikation.“, so die Wissenschaftler.

Sie bemängeln zum einen, dass „gravierende Interessenkonflikte der Autoren nicht erwähnt“ würden und dass „die sehr kurze Zeitspanne von 24 Stunden zwischen Einreichung und Annahme der Publikation“ darauf hindeute, dass ein „systematischer Peer-Review-Prozess hier entweder nicht durchgeführt wurde oder von problematisch schlechter Qualität“ war. Sie kritisieren damit, dass Christian Drosten und dessen Co-Autorin Chantal Reusken selber Mitglieder des Redaktionsbeirats von „Eurosveillance“ waren und dass Mitautor Olfert Landt Chef der Firma Tib-Molbiol ist, die den Test als erstes herstellte, millionenfach verkauft und millionenfachen Gewinn damit gemacht hat.

Detailliert erläutern die Wissenschaftler in ihrem Prüfbericht dann die zehn „fatalen Probleme mit dem Corman-Drosten-Papier“.

Ein zentraler Punkt ist die Zahl der Vervielfältigungen der in den Nasen-Rachen-Abstrichen von Patienten gefundenen RNA-Teilchen, die Viren zugeordnet werden können. Diese Teilchen sind so klein, dass sie im Labor nur mithilfe von Vervielfältigungen oder Zyklen festgestellt werden können, den sog. CT-Werten. Die Wissenschaftler erklären:

„Der maximale, einigermaßen zuverlässige Ct-Wert liegt bei 30 Zyklen. Oberhalb eines Ct-Wertes von 35 Zyklen muss mit einer schnell ansteigenden Anzahl von falsch-positiven Ergebnissen gerechnet werden. PCR-Daten, die ab einem Ct-Wert von 35 Zyklen als positiv bewertet werden, sind völlig unzuverlässig.“

Drosten-Corman und WHO empfehlen aber 45 PCR-Zyklen!! Die vernichtende Kritik der Wissenschaftler: „Ein Analysenergebnis mit einem Ct-Wert von 45 ist wissenschaftlich und diagnostisch absolut nicht aussagekräftig.“

In ihrem Beitrag, so die Wissenschaftler, würden „zahlreiche schwerwiegende Fehler in der Corman-Drosten-Publikation aufgezeigt, deren Bedeutung zu einer weltweiten Fehldiagnose von Infektionen geführt hat, die SARS-CoV-2 zugeschrieben werden und mit der Krankheit COVID-19 in Verbindung stehen. Wir sind mit strengen Lockdowns konfrontiert, die das Leben und die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstört haben, den Zugang zu Bildung einschränken und diese von Regierungen auf der ganzen Welt auferlegten Beschränkungen sind ein direkter Angriff auf die Grundrechte der Menschen und ihre persönlichen Freiheiten, was zu Kollateralschäden für ganze Volkswirtschaften im globalen Maßstab führt.“

„In Anbetracht der hier präsentierten wissenschaftlichen und methodischen Mängel“ fordern die Wissenschaftler die Redaktion von Eurosveillance schließlich auf, die Drosten-Corman Publikation „zurückzuziehen.“

Fehler und Mängel des Drogen-PCR Testverfahrens sind inzwischen auch Teil der Begründungen einer Abmahnung eines Berliner Unternehmens gegen Professor Drogen, die am 15.12.2020 eingereicht wurde.

Auch im Ausland gibt erste Klagen im Zusammenhang mit dem PCR Test. In einem Urteil gegen eine regionale Gesundheitsbehörde hob am 11. November 2020 ein portugiesisches Berufungsgericht eine Quarantäne-Entscheidung auf mit der Begründung, die PCR Tests seien unzuverlässig. (4.)

Weitere Klagen, spez. Schadensersatzklagen im In- und Ausland, die die Mängel des Drogen-PCR-Tests zum Thema haben, sind in Vorbereitung.

Quellen:

1., „Eurosurveillance 25 (8) 2020, <https://www.eurosurveillance.org/content/10.2807/1560-7917.ES.2020.25.3.2000045>

2. www.dzif.de/de/erster-test-fuer-das-neuartige-coronavirus-china-ist-entwickelt.

3. Corman-Drogen-Überprüfungsbericht v. 27. November 2020, <https://cormandrogenreview.com/report/>

4. <https://drive.google.com/file/d/1t1b01H0Jd4hsMU7V1vy70yr8s3jlBedr/view>

5. Siehe auch den Bericht von ACHSE DES GUTEN: https://www.achgut.com/artikel/corona_politik_grundlegende_pcr_test_studie_auf_treibsand_gebaut

D2-5

Rundfunkpolitik in Sachsen-Anhalt und die Option einer Minderheitsregierung

Jörn Kruse

Inhaltlich (wozu ist Politik sonst da?) war die Lage in Sachsen-Anhalt ursprünglich ganz einfach. Die drei größten Fraktionen im 87-köpfigen Landtag (30 CDU-Abgeordnete, 21 AfDler, 16 Linke, also 77%) waren gegen die Erhöhung des Rundfunkbeitrages. Das ist gut nachzuvollziehen, da das übergroße und ineffiziente System des öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit Jahren so verschwenderisch mit den unfreiwilligen Beiträgen der Bürger umgeht, dass dies keiner unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung standhalten würde. Es existiert in diesem Umfang nur als Folge der massiven Interessen von Insidern und Politikern. Außerdem ist jede zusätzliche Million für die Staats- bzw. Parteienmedien eine weitere Benachteiligung für alle ihre Konkurrenten im Mediensektor, die ihre Kosten durch Markterlöse decken müssen. Sachsen-Anhalt hat schon seit langem Reformen angemahnt, was aber auch jetzt wieder ignoriert wurde. Werden Ost-Länder einfach nicht ernst genommen?

Die quantitativ nachrangigen Fraktionen von SPD (11 Abgeordnete) und Grünen (5), die gleichwohl an der Regierung beteiligt sind, hatten im Koalitionsvertrag von 2016 einer „Beitragsstabilität“ zugestimmt. Jetzt wollten sie davon abweichend eine Beitragserhöhung genehmigen. Dies erklärt sich wohl aus der Tatsache, dass die meisten öffentlich-rechtlichen Journalisten eine grüne und/oder linke Agenda haben und dies auch im Programm zum Ausdruck bringen. Das ist für die beiden Parteien insbesondere für das Wahljahr 2021 bedeutsam.

Wenn man im Föderalismus ein zuständiges Länderparlament ernst nimmt, hätte eine Abstimmung die Ablehnung der Beitragserhöhung bedeutet. Dann hat die Linke erklärt, sie wolle -- abweichend von ihrer inhaltlichen Position -- doch zustimmen. Die rein taktische Kehrtwende ist zwar parteipolitischer Kindergarten, hätte aber nichts bewirkt, wenn sich alle anderen seriös (das heißt entsprechend ihrer wahren Meinung) verhalten würden. Die Stimmen von CDU und AfD hätten zur Ablehnung genügt.

Indem die CDU ins Torkeln gerät, weil sie zu feige ist, entsprechend ihrer inhaltlichen Meinung abzustimmen, wenn die AfD das Gleiche tut, läuft sie der Linken direkt ins Messer und produziert außerdem eine Regierungskrise. Insbesondere das Verhalten der Linken ist eine parteipolitische Hinterzimmer-Trickserei, die einem seriösen, demokratisch gewählten Parlament unwürdig ist. Wenn zudem die CDU, Deutschlands größte (und letzte verbliebene) Volkspartei, keinen eigenen Kurs mehr fährt, sondern ihr Verhalten von einer randständigen Oppositionspartei abhängig macht, ist das blamabel. Damit fördert sie die AfD mehr als wenn sie (ohne vorherigen Absprache) ebenso abstimmt wie diese. Bei einer selbstbewussten CDU wäre auch die miese Trickserei der Linken ins Leere gelaufen.

Das Ganze erinnert an die Vorgänge in Thüringen Anfang des Jahres, als die Regierungsmehrheit von Linken, SPD und Grünen abgewählt worden war. Offensichtlich waren die Linken nicht kompromißbereit genug und haben dennoch Herrn Ramelow spekulativ zur Wahl als Ministerpräsident gestellt, obwohl keine Mehrheit absehbar war. Die Opposition hat daraufhin in der Abstimmung den bisherigen Regierungsparteien die rote Karte gezeigt. Als Folge wurde dann im dritten Wahlgang Herr Kemmerich von der FDP zum Ministerpräsidenten gewählt, was in Anbetracht der Größe -- die FDP hatte nur knapp über 5% der Stimmen erzielt -- ein eher skuriles Ergebnis ist. Aber nicht dieses wurde allseits primär kritisiert, sondern die Tatsache, dass CDU und FDP ebenso abgestimmt hatten wie die AfD.

Dieser Meinung kann man sein, wenngleich die AfD von fast einem Viertel der Wähler demokratisch gewählt wurde. Man müsste schon Trump'sche Methoden anwenden, wenn man deren Legitimität bestreiten wollte. Dennoch sollte man Folgendes bedenken: Angenommen, Herr Ramelow wäre schon im ersten Wahlgang gewählt worden, und zwar mit den Stimmen von Linken, SPD, Grünen und AfD. Hätte Herr Ramelow dann die Wahl ablehnen sollen, weil er nur mit den Stimmen der AfD gewählt werden konnte? Oder hätte man die Lüge verbreitet, es seien in der geheimen Abstimmung die Stimmen von CDU und FDP gewesen?

Wenn in einer Parlamentarischen Demokratie die extremen Parteien eine absolute Mehrheit haben -- in Thüringen durch Linke 31% und AfD 23,4% -- ist eine Mehrheits-Koalition ohne eine solche Partei schlechthin unmöglich. Man könnte Neuwahlen ansetzen. Aber wie oft geht das, wenn die Bürger bei ihrer Meinung bleiben? Die grundsätzliche Alternative ist eine Minderheitsregierung, wie sie in vielen Ländern der Welt üblich und funktionsfähig ist.

Von einer Minderheitsregierung spricht man in einer Parlamentarischen Demokratie, wenn die Parteien, die die Regierung bilden, keine dauerhafte Mehrheit für alle Themen im Parlament haben, sondern für einzelne Gesetzentwürfe die Zustimmung weiterer Abgeordneter benötigen. Es gab zahlreiche Länder, in denen die Regierungen über erhebliche Zeiträume mit wechselnden Mehrheiten regierten. Dies waren insbesondere Dänemark (90,1 % der Regierungszeit), Schweden (77,3 %), Spanien (62,9 %), Norwegen (56,2 %), Zypern (44,2 %), Irland (43,5 %), Portugal (40,3 %), Italien (34,8 %).

Minderheitsregierungen können gut funktionieren, wie die Erfahrungen zahlreicher Länder zeigen. Studien von Cheibub/Przeworski/Saiegh über nationale Regierungen aller Demokratien weltweit zwischen 1946 und 1999 zeigen, „dass Minderheitsregierungen,

gemessen an der Anzahl von Gesetzesinitiativen der Regierung, die im Parlament verabschiedet werden, mindestens so erfolgreich und effizient arbeiten wie ‚normale‘ Koalitionsregierungen, die eine Mehrheit in Parlament besitzen.“¹

Grundsätzlich kann man feststellen, dass Minderheitsregierungen, die sich argumentativ um eine Zustimmung im Parlament bemühen müssen und nicht einfach auf eine Fraktionsdisziplin ihrer Parteivertreter (unabhängig von deren „wahrer“ Meinung) vertrauen können, im Ergebnis eine deutliche Stärkung des demokratischen Gewichtes des Parlaments zur Folge haben. Sie stellen allerdings auch höhere Ansprüche an die Diskursfähigkeit und Überzeugungskraft der Regierung. Man könnte auch sagen: Minderheitsregierungen fördern die Demokratie.

In Sachsen-Anhalt hat Innenminister Stahlknecht im Interview gesagt, dass eine Beendigung der Koalition durch SPD und Grüne eine Minderheitsregierung herbeiführt. Das ist zunächst einmal nur eine simple Beschreibung der Tatsache, die auch ohne Herrn Stahlknecht jedermann kennt. Deshalb über neue Kooperationen zu spekulieren, ist eine hysterische Überreaktion -- oder eine gute Gelegenheit, einen lästigen Konkurrenten loszuwerden. Eine Minderheitsregierung braucht keine dauerhaften Mehrheitsbeschaffer, sondern nur von Fall zu Fall. Dies gilt umso mehr, wenn nur noch wenige Monate zu regulären Neuwahlen übrig sind. Im Wahlkampf bekommen Regierungen auch sonst nichts Vernünftiges mehr zustande -- allenfalls Wahlgeschenke. Bei einem Koalitionsbruch würden die Minister von SPD und Grüne allerdings ihre Posten und Dienstwagen verlieren. Das haben sie sich offenbar beim Weitermachen gut überlegt, auch wenn in Presseerklärungen von Pandemie und staatsbürgerlicher Verantwortung die Rede ist.

Ministerpräsident Haseloff hat das Problem durch Rückzug der Vorlage kurzfristig gelöst. Dabei ist das Ergebnis herausgekommen, was CDU, AfD und Linke, also 77% der Abgeordneten, „eigentlich“ ohnehin wollten, nämlich die Ablehnung der Beitragserhöhung. Und selbst nach der taktischen Kehrtwende der Linken entspricht es immer noch der Mehrheitsmeinung des Parlaments. Damit könnte man als Demokrat eigentlich zufrieden sein. Dennoch bleiben nach den Ereignissen von Sachsen-Anhalt mindestens zwei Fragen, die auf Antworten warten.

Die erste bezieht sich auf die Beitragshöhe und die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Nur durch die Ablehnung von Magdeburg (oder andernorts) können die Politiker der Bundesländer offenbar veranlasst werden, über die Rundfunkanstalten und ihre immensen Kosten einmal grundsätzlich nachzudenken. Brauchen wir wirklich einen so riesigen institutionellen Apparat mit zahlreichen kostenträchtigen Mehrfachfunktionen? Sollte man die KEF nicht besser mit Personen besetzen, die von Parteien und Insidern wirklich unabhängig sind und die den Apparat nach Rationalisierungspotentialen durchforsten bzw. dies in Gang setzen? Wie erreicht man eine größere Vielfalt von Meinungen im Programm? Sollen z.B. Berichte von der Fußballbundesliga noch länger von steuerähnlichen Beiträgen aller (also auch von solchen Bürgern, die die betreffenden Sendungen und Programme gar nicht sehen) finanziert werden, obwohl sie doch auch sonst im Free-TV zu sehen wären?

Die zweite Frage betrifft die Akzeptanz von Minderheitsregierungen, die in der Politischen Klasse in Deutschland bisher als „NoGo“ gelten, wenngleich in einzelnen Bundesländern

¹ Vgl. Cheibub/Przeworski/Saiegh (2004), zitiert nach: Kruse (2020), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert.

bereits welche existierten. Pauschal ablehnen kann man Minderheitsregierungen nur dann, wenn man es sich leisten kann, das heißt, wenn dauerhafte Mehrheiten verfügbar sind.

Auf der Bundesebene waren von 1953 bis 1983 nur drei Parteigruppierungen im Parlament, sodass die Koalitionsbildungen vergleichsweise einfach waren. Das wurde auch dadurch erleichtert, dass alle drei Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP, eher pragmatisch und weniger ideologisch aufgestellt waren. Zahl und Politikstil haben sich mit dem Parlamentseinzug der Grünen, der Linken und der AfD schrittweise verändert. Folglich wurden auch die Koalitionsverhandlungen nach den Bundestagswahlen zur Bildung einer Regierung schwieriger.

Besonders erschwert wird eine Koalitionsbildung zusätzlich dann, wenn man extreme Parteien per se für „regierungs-untauglich“ erklärt und von den Verhandlungen ausschließt. In Sachsen-Anhalt hat dies 2016 dennoch gerade soeben noch einmal geklappt, in Thüringen schon nicht mehr. Seit 2014 stellt die Linke mit Bodo Ramelow sogar den Ministerpräsidenten. Wenn zwei extreme Parteien, z.B. Linke und AfD, wesentliche Stimmenanteile gewinnen, wird es immer schwierig sein, ohne solche Fraktionen trotzdem stabile Regierungskoalitionen zu bilden. Diese Problematik wird in den östlichen Bundesländern vermutlich eher noch zunehmen. Deshalb wäre es ratsam, sich mit Minderheitsregierungen etwas vorurteilsfreier zu befassen. In einzelnen Fällen werden diese aufgrund mangelnder Kompromissbereitschaft der Parteien bei Koalitionsverhandlungen oder als Folge zerbrochener Koalitionen vermutlich ohnehin unausweichlich sein.

D2-6

„Mit Merz als Gegner hätte die AfD sieben Prozent“

Interview mit Jörn Kruse von Leonhard Landes in WELT.de

WELT: Sie haben erklärt, Sie würden bei einem Kanzlerkandidaten Merz in die CDU eintreten. Woher kam diese Überlegung?

Jörn Kruse: Ich habe gesagt, falls Friedrich Merz CDU-Kanzlerkandidat wird, würde ich auch in die CDU eintreten, vorausgesetzt, die Partei will mich überhaupt. Ich bin nicht unbedingt auf der Suche nach einer Partei als neuer politischer Heimat. Ich bin immer dahin gegangen, wo ich glaubte, dass es mit meinen politischen Positionen sinnvoll ist.

WELT: Derzeit wäre das eine Merz-CDU?

Kruse: Für mich ist die Merkel-CDU völlig inakzeptabel. Wenn Merz Kanzlerkandidat würde, dann bin ich sicher, dass sich die CDU wieder zu einer marktwirtschaftlichen Partei entwickelt. Ansonsten ist Merz eine Persönlichkeit, die sich erfreulich unterscheidet von vielen anderen Politikern, die immer ihr Fähnlein in den Wind hängen. Merz sagt häufig das, was er denkt. Und das gefällt mir. Er kann es sich auch leisten, weil er einen Hintergrund hat, der nicht nur von Parteipositionen abhängt. Er war extrem erfolgreich in der Zeit, als er bei BlackRock gearbeitet hat. Er muss sich nicht mehr verbiegen.

WELT: Warum überzeugt Sie Friedrich Merz mehr als etwa ein Jens Spahn? Beide gelten in Teilen der Partei als konservative Rebellen.

Jörn Kruse: Spahn ist als Politiker für das Amt des Bundeskanzlers noch viel zu jung. Er war ein Senkrechstarter, und zwar auch deshalb, weil in der CDU viele Leute zu feige sind, selbst ein kritisches Wort zu Merkel zu sagen. Viele in der CDU fanden die Grenzöffnung von

Merkel 2015 und die Einladung von nordafrikanischen Migranten überhaupt nicht gut. Spahn hat einmal vorsichtig etwas Kritisches dazu gesagt. Und das kam gut an bei etlichen Parteikollegen. Aber er verfügt noch nicht über die politische Reife für das Amt des Bundeskanzlers. Das gilt übrigens auch für Söder.

WELT: Söder ist Ihnen zu unerfahren?

Kruse: Im Augenblick ist er ein Provinzpolitiker, der zwar dauernd vor einem Mikrofon steht. Aber als Bundeskanzler hätte auch Söder zu wenig Erfahrung, zu wenig Kompetenz auf den Gebieten, die bundespolitisch relevant ist.

WELT: Er ist seit zwei Jahren Ministerpräsident, war zuvor schon jahrelang Minister in Bayern.

Kruse: Ja, er ist erst seit Kurzem Ministerpräsident, hat noch gar nicht richtig was geleistet. Söder ist in der Corona-Krise von einigen Medien gehypt worden, weil er so getan hat, als hätte er die Coronakrise gut gemeistert. Jetzt liegen viele der Hotspots in Bayern.

WELT: Was fehlt Ihnen im Bereich Wirtschaftspolitik bei der CDU?

Kruse: Früher war die CDU mal eine marktwirtschaftliche Partei. Da sagte man, die CDU sei die Partei Ludwig Erhards. Er war zwar meines Wissens nie in der CDU, aber die CDU hat eine Politik gemacht mit Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister, wie er das richtigerweise vorgeschlagen hat. Deutschland hat deshalb in den 50er-Jahren einen grandiosen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, das sogenannte Wirtschaftswunder. In den Jahren danach wurde die CDU in marktwirtschaftlichen Fragen vom Koalitionspartner FDP gewissermaßen gestützt, sodass sich die nicht-marktwirtschaftlichen Strömungen in der CDU für die Regierungspolitik nicht durchsetzen konnten.

WELT: Trotzdem gibt es einen wirtschaftsliberalen Flügel in der CDU, der doch auch schon vor Merz da war und auch etwa in der Corona-Krise wieder vor dem Umbau einer Währungsunion in eine Schuldenunion gewarnt hat?

Kruse: Ja, den hat es immer gegeben, nur haben die Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels überwiegend ihre Klappe gehalten, weil abweichende Meinungen in der CDU unerwünscht sind und leicht zum Karriererisiko werden können. Was bei Kanzler Schröder Basta war, hieß bei Merkel „alternativlos“. In einer Demokratie ein Unding. Allerdings habe ich es Frau Merkel lange Zeit positiv angerechnet, dass sie gegen Eurobonds war. Dafür ist sie auch auf europäischer Ebene kritisiert worden. Diesen Damm hat sie jetzt brechen lassen. Jetzt haben wir Eurobonds, auch wenn sie offiziell so nicht heißen. Wir nehmen in sehr großem Umfang Gelder für den EU-Haushalt auf, was heißt, dass die Mitgliedsstaaten dafür haften und zahlen. Italien oder Portugal können das sicher nicht. Es bleibt an Ländern wie Deutschland hängen.

WELT: Friedrich Merz hat diesen EU-Wiederaufbaufonds – mit starken Bedenken – auch gutgeheißen. Wenn das Geld in regionale Projekte und Zukunftsthemen fließe und nicht in nationale Haushalte, das war seine Bedingung, dann könne es auch eine Chance für Europa sein.

Kruse: In Italien versickert ganz viel in dubiosen Kanälen. Hätte man die von Corona stark gebeutelten Länder unterstützen wollen, dann hätte man das sofort machen müssen, entweder gleich Geld zahlen oder sofort Patienten aus Bergamo nach Deutschland fliegen in die Intensivstationen. In einem irrsinnigen Umfang etwas zu beschließen, was erst im nächsten Jahr ausgezahlt wird, das ist vollständig daneben. Das wird nicht dazu führen, dass in Italien mehr Kliniken und Intensivstationen gebaut werden, sondern das wird zu einem erheblichen Teil versickern.

WELT: Aber vorgesehen ist doch, dass das Geld für Reformen und auch für Projekte etwa in der Digitalisierung und im Umweltschutz ausgegeben wird.

Kruse: Ich sag es mal so: Das unmittelbare Geld geht an solche Projekte. Aber das Geld, das sonst in Italien in den Gesundheitsbereich geflossen wäre, das wird dann anderswo für Haushaltslöcher verwendet. Für die italienischen Bürger bleibt per Saldo wenig.

WELT: Die Merkel-CDU war lange erfolgreich, weil sie nach links gerückt ist. Kann die CDU denn mit Merz wirklich erfolgreich sein, wenn er von diesem Kurs abrückt?

Kruse: Merkel ist nicht nur nach links gerückt, sie ist quasi eine Sozialdemokratin geworden. Merkel hat, was das Ökonomische betrifft, von der Agenda 2010 ihres Vorgängers Schröder profitiert. Zur Bilanz von Merkel gehört auch, dass sie die Gründung und Aufblähung der AfD herbeigeführt hat, insbesondere durch sehr viele Proteststimmen bei Wahlen. Ich sage das etwas zynisch, weil ich der Partei selbst einmal angehört habe, als es noch eine bürgerliche Partei war. Die AfD würde es überhaupt nicht geben, hätte Merkel auf der konservativ-liberalen Seite nicht massenweise Positionen geräumt. Wenn die AfD heute nicht in Teilen eine so ekelhaft rechte und rechtsradikale Partei wäre, was zudem von den Medien permanent transportiert wird, dann hätte die AfD zuletzt nicht 12,6 Prozent gewonnen, sondern 22 Prozent. Mit Merz als Gegner hätte sie sieben Prozent.

WELT: Und so jemand wie Merz kann diese enttäuschten CDU- und dann AfD-Wähler zurückholen?

Kruse: Da die meisten AfD-Wähler insbesondere im Westen Protestwähler sind, wäre das gar nicht so schwer. Merz würde eine ganz klare Politik machen. Das würde man nicht mal Rechtsruck nennen können, einfach „gute Politik mit Vernunft und Augenmaß“, aber mit klaren Zielen und Strategien. Bei Merkel hat man das Gefühl, als ob sie morgens die Meinungsumfragen anguckt und danach ihre Politik ausrichtet. Wenn sie die Bürger fragt, wollt ihr den totalen Lockdown, und die Bürger sagen, ja wollen wir, macht sie das.

WELT: Sie übertreiben. Die Maßnahmen, die beschlossen wurden, laufen unter dem Namen „Lockdown light“.

Kruse: Ja, ich übertreibe ein bisschen. Es ist völlig klar, dass ein Lockdown wie in der ersten Welle über viele Monate jegliche Finanzierungsmöglichkeiten übersteigen würden. Deswegen hat man jetzt einen Lockdown gemacht, dessen volkswirtschaftliche Kosten nicht ganz so hoch sind. Aber man macht natürlich trotzdem ganze Branchen platt, zum Beispiel Restaurants, Hotels, die gesamten Kultur- und Veranstaltungsbranchen. Selbst wenn man denen ein bisschen Geld zahlt, finde ich das in dieser Radikalität inakzeptabel, auch wenn ich grundsätzlich für Corona-Schutzmaßnahmen bin. Ich will damit nur sagen, Merkel hat keine klare Linie. Sie macht das, was kurzfristig populär ist. Das ist eigentlich populistisch. Merz dagegen hat klare Positionen. Außerdem braucht jede Politik auch mal eine Neuorientierung. Jede Demokratie lebt von einem Wechsel der Personen in bestimmten Abständen.

WELT: Und angenommen, Merz wird Kanzler und vollzieht diesen Wechsel mit einer schwarz-grünen Regierung. Ist das der richtige Wechsel in Ihren Augen?

Kruse: Ich denke wie die meisten, dass Schwarz-Grün die wahrscheinlichste Koalition sein wird, nachdem die FDP sich selbst verzwert hat. Die Grünen sind im Aufwind. Auch wenn ich viele Personen, die dort an der Spitze sind, ziemlich mittelmäßig finde, um noch etwas Maßvolles zu sagen. Dennoch: Schwarz-Grün trifft aktuell das Klima in der Politik. Eine schwarz-grüne Regierung würde immerhin in vielen Positionen frischen Wind bedeuten. Man würde sich neu orientieren. Das ist eigentlich immer gut für die Politik. Man muss neue Kompromisse finden.

WELT: Das heißt, Sie als Ex-AfD-Politiker, können einer schwarz-grünen Koalition auch etwas Positives abgewinnen?

Kruse: Das hängt davon ab, ob die notwendige Klimapolitik – das finde ich persönlich auch, dass das notwendig ist – vernünftig und mit Augenmaß gestaltet wird. Also nicht alle möglichen Verbote beschließen, weil Verbote die Markenzeichen der Grünen sind, sondern eine marktwirtschaftlich orientierte Steuerung machen, das heißt mit Preis- und Kostensignalen. Etwa durch Emissionszertifikat-Märkte oder durch eine adäquate Besteuerung an der richtigen Stelle. Wenn man eine ideologische Klimapolitik verfolgt, wie die Grünen das manchmal tun, dann wäre ich sicher nicht mehr damit einverstanden. Es gibt allerdings auch andere Themen, wo ich mir nicht sicher bin, ob am Ende etwas Vernünftiges rauskommt. Aber das wird man sehen.

D2-7

**Informationen zum Buch von Jörn Kruse,
„Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert“
erschienen in Stuttgart, Kohlhammer-Verlag, im Oktober 2020**

Obwohl ich von jeher ein überzeugter Verfechter der Demokratie bin, habe ich viele Jahre mit den konkreten Institutionen, Prozessen und Personen unseres politischen Systems gehadert. Meine erste Publikation zu einem Kernproblem der Parlamentarischen Demokratie ist von 1989. Aus dem Thema, mit dem ich seit drei Jahrzehnten gerungen habe, ist jetzt das Buch entstanden.

Es handelt sich um eine konstruktive Neubewertung unserer demokratischen Institutionen und der Strukturen unseres Staates. Das Buch ist in seiner Diktion zwar moderat, aber radikal in seinen Analysen und Reformvorschlägen. Es lässt sich nicht von der Selbstzufriedenheit der mächtigen Politiker und Parteien bremsen und auch nicht von der Tabuisierung des Grundgesetzes (jenseits der Grundrechte) durch die Verfassungsjuristen und Politikwissenschaftler.

Es stellt sich unter anderem die Frage, warum die Bürger bei Umfragen den handelnden Politikern und Parteien und deren Politikergebnissen regelmäßig katastrophal schlechte Zeugnisse ausstellen, obwohl sie sich dezidiert für die Demokratie aussprechen. Warum haben sie dennoch - subjektiv und objektiv - so wenig Einfluß auf die Politik und die Personen, die sie machen? Warum ist die Politik oft so wenig nachhaltig? Werden die geeigneten Personen Politiker? und wenn nein, warum nicht?

Manche Reformvorschläge sind eher kleinräumig und aktuell. Z.B. wird die seit vielen Jahren bestehende Unfähigkeit und Unwilligkeit der Politiker, ein brauchbares Wahlrecht zum Bundestag zu konzipieren und zu verabschieden, mit einem völlig neuen Wahlsystem beantwortet, das die jetzt vorhandenen Mängel gar nicht erst aufkommen lässt und keine 5%-Sperrklausel kennt.

Andere Reformvorschläge sind fundamentaler Art. Z.B. werden in meiner „Demokratischen Reformkonzeption“ das Parlament und die Regierung unabhängig voneinander direkt von den Bürgern gewählt, was das bisherige „Koalitionstheater“ überflüssig und die Regierung sofort handlungsfähig macht.

Ein Kernproblem des aktuellen politischen Systems ist die übergroße Macht sehr weniger Parteien, die oft dysfunktional wird, wenn es nicht nur um Gesetzgebung und Regierungs-

entscheidungen geht, sondern auch um die Personalentscheidungen bei allen Gerichten und staatlichen Fachinstitutionen, bei denen es eigentlich primär um die fachliche Kompetenz gehen sollte. Aus solchen Gründen wird in der Reformkonzeption ein Bürgersanat vorgeschlagen, der nicht aus Parteipolitikern besteht und von den Bürgern direkt gewählt wird.

Einen kurzen Aufriss, Gliederung und Leseprobe erreichen Sie über den Link **Kohlhammer-Verlag**,